

# Bezirkswahlprogramm 2023 der ÖDP Niederbayern

Die ÖDP bekennt sich zur Existenz und zum Erhalt der sieben bayerischen Bezirke als Teil der bayerischen Tradition und Identität. Sie tragen Mitverantwortung für wichtige regionale Aufgaben vor allem im sozialen und kulturellen Bereich. Ohne die Bezirke als dritte kommunale Ebene wäre Bayern übersät mit intransparenten Zweckverbänden, die dann regionale Aufgaben wahrnehmen müssten – ohne direkte Legitimation und Kontrolle durch den demokratisch gewählten Bezirkstag.

Die Aufgaben des Bezirkstags sind vielfältig: Im Sozialbereich übernehmen die Bezirke kostenintensive überörtliche Aufgaben, die die Leistungsfähigkeit der Kommunen übersteigern. Der Bezirk fördert Menschen mit Behinderung. Mit der Hilfe zur Pflege unterstützt er ältere Menschen, die den finanziellen Eigenanteil einer notwendigen Pflege nicht leisten können. Der Bezirk ist Träger psychiatrischer und neurologischer Fachkrankenhäuser, er unterhält Fach- und Sonderschulen, Freilichtmuseen, Thermalbäder, Kultur- und Bildungszentren, eine Fachberatung für Fischerei und Gewässerschutz. Und schließlich engagiert sich der Bezirk bei der Förderung niederbayerischer Kulturprojekte, der Denkmalpflege und als Förderer der Jugendverbände mit ihren vielfältigen Angeboten. Für diese Bezirksaufgaben wird sich die ÖDP auch in Zukunft einsetzen.

Die ÖDP tritt ferner dafür ein, dass der Freistaat Bayern nicht nur nach außen auf den Fortbestand des föderalen Staatsaufbaus beharrt, sondern diesen auch nach innen vorlebt. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Bezirke. Aufgaben, die der Bezirkstag bürgernäher als die staatliche Bürokratie und transparenter als kommunale Zweckverbände bearbeiten kann, sollen dem Bezirk übertragen werden.

Der Bezirkstag sollte künftig selbstbewusster als Wahrer niederbayerischer Interessen auftreten und die Bewahrung der regionalen Kulturlandschaft als neuen Aufgabenschwerpunkt definieren.

## **Unsere wichtigsten Ziele für engagierten ÖDP-Einsatz im Bezirkstag 2023 bis 2028:**

### **1 ) Psychiatrische Versorgung**

Der Bezirk muss ohne Verzögerung die Lücken in der psychiatrischen Versorgung schließen. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es seit Jahren eine alarmierende Steigerung der Erkrankungen. Vor allem Verhaltensauffälligkeiten und emotionale Störungen sowie neurotische und Belastungsstörungen werden diagnostiziert. Während 1997 etwa 150 Kinder und Jugendliche in Niederbayern einer stationären psychiatrischen Behandlung bedürften, waren es 2016 rund 350. In den vergangenen Jahren stieg die Anzahl der behandlungsbedürftigen Störungen bei Kindern und Jugendlichen in Niederbayern weiter enorm an. In einigen niederbayerischen Landkreisen gibt es jedoch nicht einmal niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater. Mit neuen Standorten für eine psychiatrische Institutsambulanz in Zwiesel, Waldkirchen und Pfarrkirchen hat der Bezirk eine große Versorgungslücke geschlossen. Die Planung weiterer Standorte in den anderen Kreisen muss unverzüglich fortgesetzt werden. Die Erweiterung des Bezirkskrankenhauses Passau unterstützen wir.

### **2) Familien fördern – für eine gesunde seelische Entwicklung der Kinder.**

Die dramatische Zunahme von Verhaltensstörungen und emotionalen Störungen junger Menschen hat verschiedene Ursachen. Wir sehen sie u.a. auch in einem Zusammenhang mit der Ökonomisierung des Familienlebens. Die ÖDP tritt in Ihrem Bayern-Programm dafür ein, familiäre

Sorgearbeit für Kinder und Pflege finanziell wesentlich besser anzuerkennen. Symbolische Beträge wie das Bayerische Familiengeld reichen nicht und haben allenfalls eine Alibifunktion.

Die Lebensspanne von 0 bis 3 Jahren legt das seelische Fundament für das ganze Leben, das überwiegend über die Bindung zu den Eltern aufgebaut wird. Eltern sind die primären Bezugspersonen. Sie kennen ihre Kinder am besten und können in aller Regel ihre Bedürfnisse gut erkennen.

Deshalb treten wir für eine echte Wahlfreiheit der Eltern ein, ob sie ihr Kind schon im Windelalter in die Krippe geben oder doch lieber familiär betreuen. Diese Entscheidungsfreiheit haben Eltern aber nur, wenn ihre wichtige Leistung für die Gesellschaft auch finanziell angemessen anerkannt wird. Echte Wahlfreiheit würde auch die Kitas entlasten und dazu beitragen, dass der Betreuungsschlüssel eingehalten und verbessert werden kann.

### **3) Cannabis-Konsum gefährdet Gehirnentwicklung Heranwachsender**

Die von der Bundesregierung geplante Legalisierung von Cannabis könnte nach Ansicht zahlreicher Experten die ohnehin schon dramatisch steigenden Fallzahlen in der Jugendpsychiatrie noch weiter erhöhen. Wir betonen: Auch die bisherige Drogenpolitik war keineswegs erfolgreich. Kriminalisierung oder gar Stigmatisierung ist nicht der richtige Weg, Verharmlosung aber auch nicht. Experten warnen vor besonders hohen Risiken für die psychische Verfassung Heranwachsender, deren Gehirnentwicklung erst in den frühen Erwachsenenjahren weitgehend abgeschlossen ist. Verfügbarkeit und Verharmlosung können eine gefährliche Entwicklung auslösen. Die Bezirke als Träger der Jugendpsychiatrie sollten daher mögliche Auswirkungen auf den Kapazitätsbedarf hinterfragen und vom Staat größtmögliche Präventionsanstrengungen in den Schulen einfordern.

### **3) Pflege, Heimaufsicht, Hospize**

Die ÖDP setzt sich für eine bessere und bedarfsgerechte, menschenwürdige und aktivierende Pflege in den Heimen ein, für eine Erhöhung des Personalstandes und für eine leistungsgerechte Bezahlung des Pflegepersonals. Deshalb wollen wir den abgeschafften Solidaritätszuschlag reaktivieren und in einen Soli für familiäre Sorgearbeit und Pflege umwandeln, um Pflege nach Stoppuhr als menschenunwürdige Entwicklung unseres Sozialsystems zu beenden. Für die Heimaufsicht soll künftig der Bezirk zuständig sein. So können örtliche personelle Überschneidungen von Heimaufsicht und gleichzeitiger Heimträgerschaft vermieden werden. Es wird eine verstärkte und zunehmende Aufgabe des Bezirks sein, dem gestiegenen Bedarf an gerontopsychiatrischer Versorgung zu decken.

Die ÖDP fordert die Unterstützung von Hospizeinrichtungen als Aufgabe der Bezirke. Hospize sollen nicht nur in Großstädten, sondern auch in der Region fachlich und finanziell unterstützt werden, mit dem Ziel, schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdevolles Leben bis zum Ende zu ermöglichen und ihren Angehörigen Unterstützung und Begleitung zu geben.

### **3) Selbstbestimmtes Wohnen von Menschen mit Behinderung**

Die ÖDP unterstützt die Förderung von Menschen mit Behinderung und setzt sich für betreute Wohngruppen, selbstständiges Wohnen mit flankierenden Angeboten und bedarfsgerechter Pflege der Betroffenen ein. Wir unterstützen inklusive Angebote, wollen aber die bewährten und erfolgreich arbeitenden Fördereinrichtungen und Schulen insbesondere für sinnesbehinderte Kinder und Jugendliche erhalten.

#### **4) Kultur, Denkmal- und Brauchtumpflege**

Beinahe zwei Drittel der ca. 120.000 Baudenkmäler in Bayern befinden sich in privatem Eigentum. Die Verluste, Leerstände und offensichtlichen Gefährdungen sind erheblich. Die öffentlichen Zuschussmittel der verschiedenen Stellen sind angesichts der Situation ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Der Bezirk Niederbayern sollte größte Anstrengungen unternehmen, um den Wert der Denkmäler durch eine vorbildliche Förderung noch mehr in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Ziel der ÖDP ist, dass denkmalgeschützte Gebäude in Niederbayern dauerhaft erhalten und nicht verfälscht, beschädigt, beeinträchtigt oder zerstört werden.

Hierfür müssen die unteren Denkmalschutzbehörden in den kreisfreien Städten und Landkreisen gestärkt werden – auch gegenüber ihren kommunalen Dienstherrn. Dass die unteren Denkmalbehörden von ihren Oberbürgermeistern und Landräten Weisungen erhalten können, erzeugt nicht selten Interessenskonflikte. Wir wollen deshalb die Aufsicht über die unteren Denkmalschutzbehörden bei den Bezirken ansiedeln.

Es sind die Bezirke, die unser schönes Bayern auffächern in regionaltypische Kulturlandschaften und kennzeichnende Landschaftsbilder. Ein Regionalparlament, das sich für die Regionalkultur zuständig fühlt, kann nicht ernsthaft die Auffassung vertreten, dass der Umgang mit der regionalen Kulturlandschaft keine Frage der Kultur ist.

Der Bezirk muss sich deshalb klar gegen eine Zersiedelung mit hässlichen Gewerbefunktionsbauten positionieren. Das Landesentwicklungsprogramm darf nicht weiter durch Aufgabe von Regulierungsinstrumenten ausgehöhlt werden. Denn wenn der reizvolle Wechsel zwischen historisch gewachsenen Orten und einer in Jahrhunderten durch bäuerliche Arbeit entstandenen Kulturlandschaft nicht mehr erlebbar ist, dann ist Bayern nicht mehr bayerisch.

Für regionale Kulturförderung, Musik, Theater, Volksmusik, Brauchtum und Heimatpflege wollen wir uns wie bisher einsetzen. Besonderes Gewicht ist auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen zu legen. Die ÖDP bekennt sich zu den Freilichtmuseen Finsterau und Massing als Museen für das ländliche Siedlungswesen.

#### **5) Klima, Umwelt und Gewässerschutz**

Alle Gebäude des Bezirks sollen im Hinblick auf Energieeinsparung und Klimaschutz fortlaufend optimiert werden. Eine Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien wollen wir mit Nachdruck vorantreiben. Bei Neubau, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen des Bezirks ist auf die konsequente Verwendung baubiologisch und bauökologisch nachweislich unbedenklicher Baustoffe zu achten und Passivhausstandard anzustreben.

Land- und forstwirtschaftliche Bezirksgüter müssen ökologisch vorbildlich bewirtschaftet werden. In den Einrichtungen des Bezirks sollen regionale und biologisch erzeugte Produkte angeboten werden.

Der Bezirkstag von Niederbayern, der durch eigene Fischereisachverständige auch für den Schutz heimischer Fischgewässer und Fischbestände zuständig ist, muss sich aktiv in die Debatte über Artenvielfalt in den Gewässern einbringen.

Vieles deutet darauf hin, dass das dramatische Artensterben ein noch größeres Gefährdungspotential in sich birgt als alle anderen Krisen, die unsere Gesellschaft derzeit belasten. Deshalb wird die ÖDP auch im Bezirkstag für die Bewahrung der Artenvielfalt eintreten.

Ein wichtiges Querschnittsthema auf allen politischen Ebenen ist auch die Frage, wie wir künftig leben wollen. Alles auf Öko-Strom umstellen, E-Auto kaufen und ansonsten weiter wie bisher, das

wird nicht funktionieren. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir maßvoller konsumieren und die Ansprüche an unseren Planeten reduzieren müssen.

## **6) Wirtschaftsförderung: Wer gefährdet das gute Image?**

Die ÖDP bekennt sich zum Engagement des Bezirks für die Heil- und Thermalbäder Bad Füssing, Bad Griesbach, Bad Birnbach, Bad Gögging und Bad Abbach und zur Förderung eines sanften landschaftsschonenden Tourismus.

Der Bezirk hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit einem optimierten Regionalmarketing den Standort Niederbayern als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum zu bewerben. Deshalb muss sich der Bezirk auch der Themen annehmen, die mit diesen Bemühungen kollidieren, selbst wenn diese nicht zu den eigentlichen Aufgaben des Bezirks gehören.

Der Bezirk soll von der Bundes- und Landesregierung Gesetze und Verordnungen zur Tierhaltung einfordern, die tierhaltende Betriebe so begrenzen, dass sie durch Veterinäre kontrollierbar sind. Eine skandalöse und ethisch nicht vertretbare Massentierhaltung mit Betriebsgrößen wie beispielsweise beim „Bayern-Ei“-Skandal wären auch mit einer Vervielfachung des Veterinärpersonals unkontrollierbar. Ziel der ÖDP ist, die industrielle Tierhaltung insgesamt abzustellen und den bäuerlichen Betriebsformen neue Chancen zu geben.

## **7) Der Bezirkstag als Wahrer niederbayerischer Interessen**

Wir treten dafür ein, dass der Bezirk die Genehmigungszuständigkeit für die landkreisüberschreitende Radwege- und Nahverkehrsplanung erhält. Landkreisüberschreitender ÖPNV und SPNV können besser und bürgernäher in der Region geregelt werden als von einer Staatsbehörde. Niederbayern kann nur radwegfreundlich werden, wenn die Verbindung von Orten für den Radverkehr verbessert wird.

Wir treten für die Auflösung der Regionalen Planungsverbände ein und fordern stattdessen eine Verlagerung dieser Aufgaben in die Zuständigkeit der Bezirke.

Der Bezirkstag soll sich generell gegenüber der Staats- und Bundesregierung als Wahrer niederbayerischer Interessen zu Wort melden.

Beschlossen vom Bezirksparteitag am 4. Februar 2023.